

# Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 15. Juli 1972 — Nachdruck auszugswise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 3/1972 September

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

*Dem Drang der Großindustrie, die Kapitalbasis zu erweitern, hat die widersprüchliche Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems in der BRD eine Grenze gesetzt. Auf der einen Seite verhindert der Druck auf die Abhängigeneinkommen den für die Ausdehnung der Produktion und Investitionen erforderlichen Nachfragezuwachs, auf der anderen Seite versuchen Staat und Unternehmer, die Inflation mit einer Reduzierung der Löhne und Gehälter einseitig zu bannen. Als Etappenziel strebt die Wirtschaftspolitik eine Stabilisierung der Profite auf hohem Niveau an, um die Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen zu kräftigen. Ob in mittelfristiger Sicht ein neuer Aufschwung mit sichtbar hohen Zuwachsraten zu erwarten ist, erscheint zweifelhaft, zumal man sich bei fast 200 000 Arbeitslosen im Juli 1972 weiterhin auf Stagnation einrichtet.*

*Diese Situation ist ebenso weit entfernt von einem stetigen Wirtschaftsverlauf wie die übersteigerte Konjunktur der letzten Jahre. Sorgen 1970/1971 übermäßige Investitionen und ein daraus resultierender hektischer Export für Ungleichgewichte, die als immer raschere Inflation gerade heute spürbar geworden sind, so trägt derzeit das prozyklische Verhalten des Staates in bezug auf gekürzte Infrastrukturvorhaben zu einem erneuten sozialen Ungleichgewicht zu Lasten der abhängig Beschäftigten in der BRD bei.*

*Inzwischen hat sich die Inflation zum schwersten sozialpolitischen Problem herausgeschält. Der Index für die Preise der Lebenshaltung hat über die Jahresmitte hinaus nicht nachgegeben. Er stieg im Juni 1972 gegenüber Juni 1971 um + 5,4 Prozent.*

*Noch schneller zogen die Lebensmittelpreise an: von Juli 1971 bis Juli d. J. um durchschnittlich + 6,6 Prozent. Ein Ende dieser fortschreitenden Entwicklung ist nicht abzusehen. Sie liegt überdies im Interesse des Sachwertbesitzes, insbesondere der Monopolwirtschaft. Das Nettoanlagevermögen in der BRD — es wird auf rund 2 Billionen DM geschätzt — sowie der Grundbesitz — er bezieht sich auf etwa 0,5 Billionen DM — erfahren durch eine jährlich nur 5prozentige Inflation eine Werterhöhung von 125 Mrd. DM!*

*Demgegenüber steht die Verringerung der realen Kaufkraft der Abhängigeneinkommen gerade im laufenden Jahr. Die für etwa 5 Millionen Arbeiter und Angestellte im 1. Hj. 1972 ausgehandelten Tarifentgelte bewegen sich mit +6,6 Prozent im Vorjahresvergleich auf der Lohnleitlinie der Bundesregierung. Preissteigerungen in der genannten Größenordnung, progressiv wirkende Lohnsteuer und höhere Beitragssätze zur Sozialversicherung verursachen einen effektiven Kaufkraftverlust. Da die Unternehmerprolite — wie die Preise und der Exportüberschuß — in den Eckdaten des Jahreswirtschaftsberichts wohl aus optischen Gründen zu niedrig angesetzt wurden, bedeutet ein Festhalten der Gewerkschaften an der „konzertierten Aktion“ angesichts einer erneuten überproportionalen Profitausdehnung, der importierten und einheimischen Inflation eine Unterstützung der auf Gewinnstabilisierung ausgerichteten Wirtschaftspolitik der Staat-Unternehmer-Koalition. Bei anhaltender Stagnation werden die sozialpolitischen Probleme der Arbeiterklasse umso drückender.*

### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

#### 2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Altersrenten

#### 4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

#### 5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

## 1.1 Sozialprodukt

Nach Ablauf des 1. Hj. 1972 scheint klar zu sein, daß es bis zum Jahresende bei einem schwächeren realen Sozialproduktzuwachs von höchstens 3 Prozent bleibt.

Festzuhalten ist, daß die öffentliche Hand keine Konsequenzen aus den starken Schwankungen der unternehmerischen Investitionstätigkeit ziehen will, um langfristig im Sinne einer Wachstumsverfestigung die volkswirtschaftliche Kapitalbildung unter ihre Kontrolle zu stellen. Erst dadurch könnte dem sozialen Druck auf Millionen in abhängiger Arbeit stehender Arbeiter und Angestellter entgegenge- wirkt werden.

In der jetzigen Konjunkturphase verhält sich der Staat so- gar prozyklisch: er schwächt relativ zu anderen am Wirt- schaftsprozess beteiligten Gruppen seinen Verbrauch ab. Indem die politisch motivierten Sektoren (z. B. die Rüstung) nicht beschnitten werden, wird die fast 7-prozentige Einschränkung des staatlichen Verbrauchs die Infrastruktur der BRD treffen. Da die öffentliche Hand nicht bereit ist, Profite und Preise zu kontrollieren, sind zum einen Schwankungen zwischen Krise und Inflation, zum anderen die Gefahr einer länger anhaltenden „Stagnation bei Inflation“ nicht zu vermeiden. Welcher Weg in der BRD eingeschlagen wird, ist eine politi- sche Frage.

Eine Wirtschaftspolitik, die mit Hilfe von Kapitalvernichtung infolge zumindest mittelfristiger Kapazitätsstilllegungen Raum schaffen soll für einen neuen Boom — jedoch bei unver- mindeter Ausfuhrerexpansion —, ist in dem Moment zu er- warten, wenn sie sich nach außen hin einer „Stabilität des Geldwerts um jeden Preis“ verpflichtet fühlt. Sie würde mithin Arbeitslosigkeit einkalkulieren, dafür jedoch einer Unterstützung eines Teils der Monopolindustrie gewiß sein; denn die „Reinigungskrise“ ist eine der Voraussetzungen einer forcierten Konzentration (s. d. KZ 4.2). In diesem Falle müßte der staatliche Anteil an den Investitionen mehr als bisher zurückgeschraubt werden. Die Geldentwertungsr- aten verliefen diskontinuierlich.

Eine Wirtschaftspolitik, die vorrangig eine Profitstabilisie- rung auf dem bestehenden hohen Niveau als wichtigstes Ziel ansieht, versucht die Abhängigeneinkommen bei konti- nuierlichen Geldentwertungsraten einzufrieren. Sie nimmt allenfalls eine langsam um sich greifende strukturelle Ar- beitslosigkeit in Kauf, die als „Reservearmee“ zum lohn- politischen Druckmittel benutzt werden könnte. Der Kon- zentrationsprozeß ergäbe sich indirekt aus der „schleichen- den“ Geldentwertung.

Gegenwärtig wird dieser Politik allen Anzeichen nach der Vorzug gegeben. Sie basiert auf einer Verlagerung der Kri- se aus dem güterwirtschaftlichen in den Finanzbereich: ge- dresselte Produktion bei steigendem Preisniveau.

Daß die Abhängigeneinkommen unter diesen Voraussetzun- gen nicht mit der Inflation ursächlich in Beziehung gesetzt werden können, ergibt sich aus den Bestimmungsgründen des Geldvolumens. Seit 1967 stiegen die Kredite an inländi- sche Nichtbanken — größtenteils Unternehmen — um weit über 100 Prozent von + 33 Mrd. auf + 69 Mrd. DM an, die Forderungen gegenüber dem Ausland durch Devisenzufuhr nahmen von 17 Mrd. auf 47 Mrd. DM zu, die Geldbestände um rd. 11 Mrd. auf 25 Mrd. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/72, S. 2' f., 74')

Daraus entspringt die widersprüchliche Situation einerseits eines aus dem vergangenen Boom und seinen Folgen her- rührenden übernormalen Geldüberhangs, andererseits der Notwendigkeit von baldigen Neuinvestitionen zum Zweck der weiteren Profitausdehnung.

Je länger die „Wachstumspause“ anhält, um so dringender werden rentable Kapitalanlagen; aber in mittelfristiger Sicht verbaut die Inflation die gewünschte Expansion.

Staat und Unternehmen setzen infolgedessen alles daran, die Inflation durch Lohndruck zu überspielen. Zusätzliche

Kaufkraft kann dadurch nicht entstehen, was wiederum die Expansionsaussichten im Inland verkleinert. Gelingt kein Inflationsstopp, dann könnte die rigorose erste Variante der Wirtschaftspolitik zum Zuge kommen.

Die Zunahme des BSP im 1. Hj. 1972 und die geschätzten für das 2. Hj. sind keineswegs Ansätze für ein späteres rapides Wachstum. Sie bedeuten lediglich eine zeitweilige Anpassung an die geringen nominalen Einkommenssteige- rungen der Abhängigen, werden jedoch nicht dem Erforder- nis einer kräftigen Heraussetzung der Profitmasse vermit- telt eines Investitionsbooms gerecht. Für international engagierte Monopole dürfte der Kapitalexport in ähnlichem Umfang wie nach der letzten Krise lukrativ werden.

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1971		1972		1972
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
Zahl der Erwerbs- tätigen	+ 0,6	— 0,3	— 0,7	— 0,4	— 0,5
BIP, real	+ 3,9	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,0
Privater Verbrauch, nominal	+ 11,9	+ 9,8	+ 9,5	+ 8,5	+ 9,0
Staatsverbrauch, nominal	+ 21,4	+ 17,0	+ 12,0	+ 13,0	+ 12,5
Ausrüstungen, nominal	+ 16,2	+ 4,0	+ 1,5	+ 4,5	+ 3,0
BIP — Preis- komponente	+ 7,9	+ 8,1	+ 6,5	+ 5,5	+ 6,0

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 32/72, S. 10)

Gegenwärtig steht die Wirtschaftspolitik der BRD vor der Frage, ob eine mit relativ hoher Arbeitslosigkeit und Kapazitätsstilllegung verbundene Anpassungskrise Vor- aussetzungen für einen neuen Boom schaffen oder ob eine langsam steigende strukturelle Arbeitslosigkeit bei verhältnismäßig hohem Investitionsniveau, aber geringe- ren Zuwachsraten, die Profite stabilisieren soll. Der letz- tere Weg schließt kontinuierlich zunehmende Inflation ein. Er wird z. Zt. eingeschlagen: Voraussichtl. reales BIP-Wachstum 1972 + 3 Prozent bei schwach steigenden Ausrüstungen. Andererseits nimmt zu Inflation zu: BSP- Preissrate 6 Prozent; Geldüberhang durch Kredit schöp- fung 1971 + 69 Mrd. DM (1967 + 33 Mrd.), Porderungs- bestand geg. d. Ausland 1971 47 Mrd. DM (1967 17 Mrd.), Geldbestandsvermehrung 1971 + 25 Mrd. DM (1967 + 14 Mrd.)

## 1.2 Industrieproduktion

Nach den Indexwerten der industriellen Nettoproduktion in der BRD von April bis Juni d. J. zu urteilen, schwankt die Wirtschaftslage noch zwischen Stagnation und vorsich- tiger Erholung.

Vergleicht man die Entwicklung im selben Zeitraum des Vorjahres, so hat sich an der allgemeinen Situation — lang- fristig gesehen — allerdings wenig geändert: die Zunahmen sind ebenso mäßig, eine durchgreifende Belebung hat nicht stattgefunden.

### Veränderung der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1. Vj.	1971		1972	
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
+ 3,0	+ 2,1	+ 0,8	— 0,0	+ 1,2
				+ 1,8

(Quelle: INFO 2/72, S. 2; Wirtschaft u. Statistik, 6/72, S. 324; BMWF Tagesnachrichten 2. 8. 72.)

Von April bis Juni 1972 veränderte sich der Nettoproduk- tionsindex im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wie folgt:

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränd. geg. d. Vorj. in %	
	1971	1972	(gesamte Ind.) 1971	1972
April	169,2	175,0	+ 5,7	+ 3,4
Mai	168,7	170,1	— 2,9	+ 0,8
Juni	167,4	169	+ 3,7	+ 4,6

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 7/72, S. 65; BMWF Tages- nachrichten, 2. 8. 72.)

Aufgeschlüsselt nach den wichtigsten Industriesparten verzehnte mit -1,5 Prozent die Investitionsgüterindustrie weiterhin einen Rückgang; die Verbrauchsgüterbranche hatte mit +5,5 Prozent die stärkste, die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit +3,7 Prozent eine etwas geringere Ausbringung.

#### Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- und Prod.-güterind.	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
April	172	173	163	175	193	199
Mai	173	169	161	162	191	196
Juni	172	167	155	160	193	200

#### Veränderung in Prozent geg. d. Vorj.

April	+ 4,6	+ 0,7	+ 8,2	+ 7,5	+ 4,5	+ 3,2
Mai	- 5,2	- 2,5	- 1,2	+ 0,4	- 1,5	+ 2,6
Juni	+ 1,6	+ 1,9	+ 7,7	+ 8,5	+ 3,8	+ 5,4

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/72, S. 65; BMWF Tagesnachrichten, 2. 8. 72).

Vor allem wiesen im Mai 1972 im Vergleich zum Vorjahresmonat in der Investitionsgüterindustrie abnehmende Raten auf: der Maschinenbau -8,3, insbesondere für die Produktionsmittelind. -13,7, der Liefer- und Lastkraftwagenbau -17,5, die Stahlverformung -10,3, die Industrie der Stahlbauerzeugnisse -9,8 Prozent.

Der industrielle Kernbereich setzte also noch keine Signale für einen effektiven Umschwung; in ihm hielt seit Januar die Rezessionen an.

Ebenfalls anhaltend schwach blieb der Bergbau (-7,1 Prozent im Mai 1972 gegenüber Mai 1971), während die Verbrauchsgüterindustrie mit +0,4 Prozent auffallend stagnierte. Es macht sich gerade in diesem Sektor offenbar die abnehmende Zuwachsrate der Abhängigeneinkommen bemerkbar. (Einzelwerte: BMWF Monatsbericht, 7/72, I)

Im Blick auf die Produktionsergebnisse des 1. Vj. 1972 im Vergleich zum 4. Vj. 1971 tritt dieser Faktor deutlicher hervor. Während die Industrie insgesamt um -2,5 Prozent weniger produzierte, fielen z. B. die Ernährungsindustrie um -18,4 Prozent, die Textilindustrie um -1,2 Prozent zurück.

Zieht man einmal die Produktionsentwicklung beider Bereiche im 4. Vj. 1971 gegenüber dem vergleichbaren Quartal 1970 heran (INFO 2/72, S. 2), so kommt der abnehmende Trend im laufenden Jahr noch klarer zum Ausdruck.

Wie bereits die Mai-Werte zeigten, war der Ausstoß im 1. Vj. 1972 zum 1. Vj. 1971 des Maschinenbaus (-7,2 Prozent), des Straßenfahrzeugbaus (-6,1 Prozent), der Eisen-schaff. Industrie (-5,5 Prozent) und der Kohlenbergbau (-15,6 Prozent) negativ. Die Zuwachsrate der Chemischen Industrie halbierte sich (+5,7 Prozent), wenn man das um +10,2 Prozent höhere Resultat im 4. Vj. 1971 gegenüber dem vergleichbaren Quartal 1970 heranzieht.

#### Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

	1971	1972	%/-Veränd. im 1. Vj. 1972	
	4. Vj.	1. Vj.	1. Vj. 1971	geg. d. 4. Vj. 1971
Industrie, insg.	164,8	158,5	+ 1,2	- 2,5
Kohlenbergbau	87,1	77,6	- 15,6	- 10,9
Eisen-schaff. Ind.	116,8	129,5	- 5,5	+ 10,9
Chemische Ind.	249,1	254,1	+ 5,7	+ 2,0
Maschinenbau	137,4	125,4	- 7,2	- 8,7
Straßenfahrzeugb.	166,8	183,1	- 6,1	+ 9,8
Elektrotechn. Ind.	198,3	194,7	+ 4,5	- 1,8
Textilindustrie	146,3	144,5	+ 4,5	- 1,2
Ernährungsind.	162,8	132,9	+ 2,4	- 18,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/72, S. 324 f.; Ifo Wirtschaftskonjunktur, 1/72, S. 6 ff., 9 f. 13; INFO 3/71, S. 2)

Nicht sehr weitreichend entwickelten sich die Auftragseingänge, wenn bedacht wird, daß in den Indexwerten eine

Preissteigerungskomponente von ca. 2,5 Prozent enthalten ist. Die reale Zuwachsrate der gesamten Industrie belief sich danach im Juni d.J. zum Vorjahr auf +3,3 Prozent (nominal +5,8 Prozent).

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1970 = 100

	Auftragseingangsindex			Verändrg. i. Prozent gegenüber dem Vorjahr	
	1971	1972	1972	1971	1972
April	107	109	- 6,8	+ 1,8	+ 1,1
Mai	102	109	± 0,0	+ 8,4	+ 7,2
Juni	105	111	+ 1,8	+ 3,8	+ 5,8

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 2. 8. 72).

Noch anschaulicher als die der Nettoproduktion verdeutlichen die nominalen Indizes der Bestelleingänge in der Industrie, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD in einer längeren Stockungsperiode steckt als angenommen wurde.

Von April bis Juni wurden gegenüber 1970 (gleiche Monate) ähnliche Zuwachsraten erzielt (+1,8, +8,4, +3,8 Prozent) wie in von April bis Juni 1972 gegenüber 1971 (+1,1, +7,2, +5,8 Prozent).

Differenziert nach Industriezweigen blieb der Auftragseingang bei den Investitionsgütern immer noch hinter den bei Verbrauchsgütern und Grundstoff- wie Produktionsgütern merklich zurück: Investitionsgüterind. +2,6 Prozent, Verbrauchsgüterind. +6,0 Prozent, Grundstoffind. +6,7 Prozent, jeweils gleitender Dreimonatsdurchschnitt bis Juni 1972 gegenüber dem Vorjahr. (BMWF Tagesnachrichten, 2. 8. 72)

Bei den Umsätzen in der Industrie erwies sich - wie schon in den Wintermonaten - das Auslandsgeschäft zwar als kräftig, aber nicht mehr als überdurchschnittlich gut: März 1972/1971 +1,1, Gesamtumsatz +2,9 Prozent; April +1,6, Gesamtumsatz 1,3 Prozent; Mai +8,4, Gesamtumsatz 7,6 Prozent; im Durchschnitt: Auslandsumsatz +3,7, Gesamtumsatz +3,9 Prozent.

Die Umsatzveränderungen im Vormonatsvergleich waren starken Veränderungen unterworfen, die typisch für Stagnationsphasen sind.

	Umsatzveränderg. i. Prozent gegenüber dem Vormonat			
	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz
März	+ 12,8	+ 10,0	+ 2,9	+ 1,1
April	- 9,5	- 10,9	+ 1,3	+ 1,6
Mai	+ 3,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 8,4

(Quelle: BMWF Monatsbericht, 5/72, III b; 7/72, III b).

Die wirtschaftliche Stockung wurde bis zur Jahresmitte 1972 nicht überwunden: Industrielle Nettoproduktion 1. Hj. 1972/1. Hj. 1971 +1,4 Prozent, Juni 1972/Juni 1971 +4,6 Prozent. Im 2. Vj. 1972 Produktionsrückgang der Investitionsgüterind. -1,5 Prozent geg. 1971; Zunahme der Verbrauchsgüterind. +5,5, der Grundstoffind. +3,7 Prozent. Auftragseingangsentwicklung nominal von April bis Juni 1972 im Vorjahresvergleich: Industrie insg. +4,7, Investitionsgüterind. +2,6, Verbrauchsgüterind. +6,0, Grundstoffind. +6,7 Prozent, Reale Zunahme der Aufträge Juni 1972/Juni 1971 +3,3 Prozent. Umsatzentwicklung: März 1972/März 1971 Gesamtumsatz +2,9, April +1,3, Mai +7,6 Prozent; Auslandsumsatz März +1,1, April +1,6, Mai +8,4 Prozent. Im Durchschnitt blieb der Auslands- gegüb. d. Gesamtumsatz zurück.

### 1.3 Außenwirtschaft

Neben der Verbrauchsgüterindustrie trug das unvermindert kräftige Exportgeschäft auch nach 1971 zur jedoch nur vorsichtig verlaufenden Aufschwungsbewegung in der BRD bei.

Nachdem bereits 1968/69 infolge des Lohndrucks im Anschluß an die vorausgegangene Krise die Exportsituation der BRD im Verhältnis zu konkurrierenden kapitalistischen

Ländern außerordentlich verbessert wurde, dürfte nach der schwachen Lohnbewegung d. J. das Exportwachstum im nächsten Jahr wiederum gesichert sein.

Im 1. Hj. 1972 wurde im Werte von 71,8 Mrd. DM exportiert, für 63,4 Mrd. DM Waren eingeführt, so daß ein aktiver Handelsbilanzsaldo von 8,4 Mrd. DM registriert wurde gegenüber einem von 6,9 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Steigerung des Exports umfaßte + 7 Prozent = rd. 4 Mrd. DM, des Imports + 6 Prozent = rd. 3,4 Mrd. DM.

Die Kapitalbilanz zeigte von Januar bis Juni 1972 folgendes Bild: im langfristigen Kapitalverkehr ein Importüberschuß von 10,8 Mrd. DM, im kurzfristigen ein Abfluß in Höhe von ca. 7,1 Mrd. DM; der Saldo betrug + 3,7 Mrd. DM, d. h. es kam zu einer beachtlichen Kapitaleinfuhr im 1. Hj. 1972.

#### Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

	Januar bis Juni 1971	Juni 1972
Handelsbilanz	+ 6,9	+ 8,4
Kapitalexport (—: Kapitalexport)	+ 1,2	+ 3,7
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 2,3	+ 10,8
Kurzfristiger Kapitalverkehr	— 1,1	— 7,1

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 4. 8. 72).

Der Nettokapitalimport in Höhe von 10,8 Mrd. DM ist hauptsächlich auf Wertpapiertransaktionen zurückzuführen: Ausländer kauften Wertpapiere im Wert von netto 5,5 Mrd. DM; allein im Juni fanden Wertpapierverkäufe über fast 3 Mrd. DM (netto) statt — Niederschlag der jüngsten Weltwährungs- (Pfund-) Krise.

Die für die Zukunft ausschlaggebende Größe bleibt indes der angestiegene positive Handelsbilanzsaldo. Schon für sich genommen, wird damit der Geldüberhang in der BRD verstärkt; denn der Warenabfluß vermehrt auf verschiedene Weise in sich vervielfachender Wirkung die monetäre Binnenliquidität.

Darüber hinaus stellt der stimulierte Exportüberschuß auch nach 1972 eine feste Basis dar für die unablässige Dollarspekulation. Die Hoffnung auf Aufwertungsgewinne führte im Juni d. J. erneut zu einer Aufblähung der Währungsreserven in der BRD um 9,1 Mrd. DM. Nach gegenläufigen Bewegungen im Bankenverkehr ergab sich netto immerhin ein Devisenüberschuß von 6,5 Mrd. DM. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/72, S. 21)

Damit wurden die Währungsreserven im Juni 1972 netto auf die horrende Summe von 73,2 Mrd. DM geschraubt, darunter allein 45,1 Mrd. DM an US-Dollaranlagen.

Da sich die USA einer Rückführung der Dollarmilliarden widersetzen, haben sie mit Erfolg die Inflation in die BRD getragen; jeder von der Bundesbank umgetauschte Dollar schleust 3,15 DM in den Geldkreislauf. Die im Kampf gegen die importierte Inflation von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen — zinslose Depotpflicht von 50 Prozent der im Ausland aufgenommenen Kredite und Genehmigungspflicht des Verkaufs von festverzinslichen Wertpapieren an Ausländer — sind angesichts der vielen anderen Möglichkeiten, Dollars in die BRD zu transferieren (etwa per Aktienkauf), als isolierte Instrumente nur auf kurze Sicht und dann allenfalls ganz geringfügig wirksam; die Dollarflut ist dafür schon zu stark angeschwollen.

Allein ein rigoroses Einfuhrverbot für Dollars kann die importierte Inflation auf absehbare Zeit eindämmen. Es ist nach Lage der Dinge der dringlichste Weg, so schnell wie möglich ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anzusteuern.

Dieses Verfahren würde jedoch nur in Verbindung mit einem Abbau der Exportüberschüsse zum Erfolg führen. Der Staat hätte für eine von ihm kontrollierte Umlenkung der exportausgerichteten Investitionen auf gesellschaftspolitisch notwendige Infrastrukturbereiche zu sorgen.

Im 1. Hj. 1972 ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von 8,4 Mrd. DM, Steigerung des Exports gegenüber dem 1. Hj. 1971 um + 7 Prozent = 4 Mrd. DM, des Imports um + 6 Prozent = + 3,4 Mrd. DM. Kapitalbilanz: Einfuhrüberschuß von + 10,8 Mrd. DM im langfristigen, Abfluß von — 3,7 Mrd. DM im kurzfristigen Kapitalverkehr; Saldo der Kapitalbilanz insgesamt (Nettokapitaleinfuhr) + 3,7 Mrd. DM. Anstieg der US-Dollarbestände auf 45 Mrd. DM bis Juni 1972 (Juni 1971: 39 Mrd. DM). Die importierte Inflation verstärkte sich allein im Juni 1972 um netto 6,5 Mrd. DM.

#### 1.4 Investitionen

Wichtigster Indikator der Wirtschaftslage im kapitalistischen System sind die Investitionen. Ein hohes Investitionsvolumen bedeutet konjunkturellen Aufschwung und Boom, obwohl gerade durch übermäßige Investitionstätigkeit Stagnation und Krise verursacht werden (Überproduktion). Da im Kapitalismus der Investitionsprozeß nicht planvoll gesteuert wird, kommt es zu unvorhergesehenen Zyklen.

Ist die Kapitalausstattung einer kapitalistischen Wirtschaft wie die Bundesrepublik — relativ zu anderen Volkswirtschaften — sehr hoch, dann müssen sich die Zuwachsraten der Investitionen auf längere Sicht dann abflachen, wenn im In- und Ausland für die aus ihnen fließende Güterproduktion keine überproportionale Nachfrage vorhanden ist. Im Kapitalismus stößt die Ausdehnung der Nachfrage jedoch auf Grenzen, die durch das Profitprinzip markiert werden.

Mit staatlicher Nachfrage durch parasitäre Produktion Lücken auszufüllen, ist wegen der Geldwertstabilität problematisch. Hier setzt ein inflationäres Preisniveau die Grenzen.

Die BRD hat seit dem Boom 1968/71 eine Kapitalsättigung erreicht, die es fraglich erscheinen läßt, ob aus der gegenwärtigen Stagnation kurzfristig ein kräftiger Aufschwung hinausführen kann.

Die Masseneinkommen steigen nur minimal (s. d. KZ 3.1), die staatliche Nachfrage durch Deficit spending (Haushaltsausgleich durch Schuldenaufnahme) wird wegen der Inflation beschnitten (s. d. KZ 4.3).

Effektiv höhere Löhne und Gehälter werden von den Unternehmern freiwillig nur aufgrund von positiven Profiterwartungen gezahlt. Dies setzt Absatzmöglichkeiten voraus, die wieder auf Abhängigeneinkommen beruhen, welche spürbar über den Inflationsraten liegen.

Diese Zusammenhänge erklären die Situation zur Jahresmitte 1972, wonach immer noch keine auf Aufschwung gerichtete Besserung der Geschäftslage in der Investitionsgüterindustrie eingetreten ist. Die Auftragsbestände wurden nach dem jüngsten Ho-Konjunkturtest vom Juni 1972 ungünstiger beurteilt als in den Vormonaten. (ifo Schnelldienst 30/72, S. 5)

Die Produktion wurde nicht verstärkt. Hier dürfte nur eine allmähliche Änderung zu erwarten sein, wobei krisenhafte Rückschläge keinesfalls auszuschließen sind. (s. d. KZ 1.1).

Nach den jüngsten Daten aus dem Unternehmensbereich soll 1972 bestenfalls ein 1,5prozentiges reales Wachstum der Investitionen herauskommen.

Daß über die Jahreswende hinaus mit keinem sprunghaften Auftrieb zu rechnen ist, resultiert aus der derzeitigen Kapazitätsauslastung. Sie war in allen Industriesparten größer als 1967 an der Schwelle des letzten Aufschwungs.

#### Kapazitätsauslastung in der Industrie in Prozent

	April 1967	April 1972
Verarbeitende Industrie	ca. 78	ca. 86
darunter:		
Gebrauchsgüterindustrie	ca. 79	ca. 89
Verbrauchsgüterindustrie	ca. 82	ca. 90
Investitionsgüterindustrie	ca. 77	ca. 87

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 21/22/72, S. 1).

Die ansehnlich hohe Kapazitätsauslastung d. J. läßt keinen breiten Erwartungsspielraum für einen regen Wachstumsprozeß zu, der von den Investitionen ausgehen müßte. Deshalb halten sich auch die Bestellungen noch so zurück, daß 1973 ein über 25prozentiger Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BSP nicht anzunehmen ist. Ob es in einer späteren Phase zu einem intensiveren Investitionsstoß kommt, hängt von der vorhergehenden Einschränkung der gesamten Kapazitäten in Richtung auf die Werte von 1967 ab.

## 1.5 Beschäftigung

Daß die Stagnationsperiode in der BRD noch nicht vorüber ist, ergibt sich aus der Beschäftigungssituation Ende Juli d. J.: Die Bundesanstalt für Arbeit meldete eine leichte Steigerung der Arbeitslosenzahl um + 3,5 Prozent gegenüber dem Vormonat auf 196 800.

Andererseits ist die Zahl der offenen Stellen weiterhin recht groß; sie betrug 600 833.

	Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)					
	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)		Differenz (II) - (I)	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
April	160	231	705	555	545	324
Mai	143	208	722	577	579	369
Juni	135	190	728	601	593	411
Juli	141	197	710	601	569	404

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 7/72, S. 381; FAZ, 5. 8. 72).

Vergleichsweise lag die Juli-Arbeitslosigkeit um knapp 40 Prozent über der des Vorjahres; die Differenz zwischen den offenen Stellen und Arbeitslosen war Ende Juli 1972 gegenüber Juli 1971 um - 35 Prozent niedriger, was auch auf die um über 100 000 weniger angegebenen offenen Stellen zurückzuführen ist.

Da die Juli-Arbeitslosigkeit d. J. saisonunüblich ist, taucht die Frage auf, ob sie auf eine sich langsam anbahnende strukturelle Unterbeschäftigung ähnlich wie in England und den USA hindeutet. Eine solche Tendenz könnte zwar von einem raschen Aufschwung überdeckt werden; sie würde in der folgenden Abschwächung jedoch umso schärfer hervortreten.

Die ökonomische Verfassung der BRD ist für eine derartige Entwicklung durchaus zugeschnitten: eine nochmalige rapide Ausdehnung der Investitionen wie 1970/71 setzt Absatzchancen erheblich größeren Umfangs voraus, die in den kommenden Monaten weder im Inland noch im Ausland mit großer Wahrscheinlichkeit vorhanden sind. Es besteht eine Sättigungsgrenze. Ein expansives Wachstum dürfte deshalb in immer kleineren Intervallen verlaufen.

Das bedeutet indes einen permanenten Druck auf das Beschäftigungsniveau, was sich indirekt bei der Zahl der ausländischen Arbeitskräften bemerkbar machen dürfte.

Ende März waren in der BRD ca. 2,2 Mio. ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, mithin 10,2 Prozent der abhängig Arbeitenden überhaupt. (Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 6/72, S. 189)

Seit Anfang des Jahres hat sich die Ausländerquote nicht mehr erhöht. Es scheint möglicherweise vorerst ein Grenzwert erreicht worden zu sein. Gegenüber Ende März 1971 nahm die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte ohnehin nur um knapp 200 000 zu.

Während die Arbeitslosigkeit relativ zäh blieb, reduzierten die Unternehmer die „gehörteten“ Arbeitskräfte, was in der Abnahme der Kurzarbeiterzahlen zum Ausdruck kam. Ansonsten wird im Stagnationszeitraum das Kurzarbeiterpotential aufgestockt, um im späteren Aufschwung nicht in die Beschäftigungsklemme zu geraten. Der Rückgang der Kurzarbeiter in der Industrie weist darauf hin, daß selbst

die Unternehmer der kommenden Phase skeptisch entgegensehen.

## Kurzarbeiter (in 1000)

1967	1971	Januar 1972	März 1972	Juli 1972
142,7	86,1	314	119	22

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/72, S. 199; FAZ, 5. 8. 72).

Seit Jahresanfang bis Mai 1972 nahm die Zahl der Industriebeschäftigten ständig ab. Im Vorjahresvergleich ging sie im Februar um - 1,9, im Mai schon um - 2,9 Prozent zurück. 1971 gegenüber 1970 waren in den entsprechenden Monaten noch ausgeglichene Bewegungen (+ 0,6, - 0,6 Prozent) zu verzeichnen gewesen.

Noch sichtbarer verminderte sich der Arbeiteranteil unter den Industriebeschäftigten: - 3,2 Prozent im Mai 1972 gegenüber Mai 1971, im Jahresdurchschnitt 1971 - 3,1 Prozent. Hierin dürfte eine Erklärung für die über die Jahresmitte 1972 hinaus gehende Arbeitslosigkeit liegen.

	Industriebeschäftigung insg. Veränd. geg. d. Vorjahr i. Prozent				Industriebeschäftigung* darunter Arbeiter Veränd. geg. d. Vorj. i. Prozent	
	in Mio.		in Mio.		in Mio.	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
1971	8,5	- 1,2	6,3	- 3,1	6,3	- 3,1
1971, Mai	8,5	- 1,2	6,3	- 3,1	6,3	- 3,1
1972, Mai	8,3	- 2,4	6,1	- 3,2	6,1	- 3,2

(Wirtschaft u. Statistik, 6/71, S. 317; 7/72, S. 388\*).

\*] ohne Bauland, Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke, Betriebe mit 10 u. m. Personen.

Weiterhin Rückgang der Industriebeschäftigten Febr. 1972/Febr. 1971: - 1,4 Prozent, Mai 1972/Mai 1971: - 2,4 Prozent; überdurchschnittlicher Rückgang des Arbeiteranteils: Mai 1972/Mai 1971: - 3,2 Prozent, Jahresdurchschnitt 1971: - 3,1 Prozent. Arbeitslosigkeit Juli gegenüber Juni dieses Jahres: + 3,5 Prozent (196 800), offene Stellen Juli d. J.: 600 333; Differenz zwischen offenen Stellen und Arbeitslosigkeit Juli 1972/Juli 1971: - 35 Prozent; Arbeitslosigkeit Juli 1972/Juli 1971: - 40 Prozent.

## 1.6 Umsatz je Beschäftigten

Wie schon in den Monaten Dezember 1971 bis Februar 1972, so hielt auch von März bis Mai d. J. die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Industrie und des Umsatzes je Beschäftigten an.

Während die Industriebeschäftigten im Vorjahresvergleich zwischen - 2,7 (April) und - 2,4 Prozent (Mai) konstant rückläufig war, stieg der Umsatz zwischen + 8,3 (Mai) und + 0,7 Prozent (April) an.

Infolgedessen nahm der Umsatz je Beschäftigten erneut ansehnlich zu: Jeweils gegenüber dem Vorjahrsmonat: März + 6,9, April + 1,8, Mai + 11,1 Prozent, im Dreimonatsdurchschnitt um + 6,6 Prozent.

Die Arbeitsintensität verschärfte sich, da der Beschäftigtenrückgang etwa im Vergleich zu den Monatsdurchschnitten 1970 und 1971 - gemessen an den jeweiligen Vorjahren - im Frühjahr 1972 bedeutend umfangreicher war.

## Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigte in 1000 DM
1970	8,6	44,1	5,1
1971	8,5	46,9	5,5
	Veränd. geg. d. Vorj. i. Prozent		
1970	+ 3,6	+ 12,5	+ 8,5
1971	- 1,2	+ 6,4	+ 7,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/72, S. 205\*).

Von März bis Mai 1972 ergaben sich folgende Werte:

L. r.	Umsatz je Beschäftigten		Verändg. geg. d. Vorj. i. Prozent	
	in 1000 DM	Beschäftigte	Umsatz	Besch.
März	6,2	— 2,6	+ 3,3	+ 6,9
April	5,6	— 2,7	+ 0,7	+ 1,8
Mai	5,9	— 2,4	+ 8,3	+ 11,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 5/72, S. 269\*; 7/72, S. 387\*; INFO 3/71, S. 6; 4/71, S. 8)

## 2 Unternehmergewinne

### 2.1 Bruttogewinne

Die von der Bundesregierung für das laufende Jahr fixierte Verteilungspolitik, wonach die Unternehmergewinne eine höhere Zuwachsrate aufweisen sollen als die der abhängig Beschäftigten, begann sich schon zur Jahresmitte durchzusetzen.

In Börsenkreisen rechnet man mit Gewinnsteigerungen bis zu 25 Prozent.

Diese Prognosen lassen nicht nur die amtliche Jahresprojektion (rd. + 6,5 Prozent brutto), sondern ebenso die gewerkschaftliche Schätzung (+ 14 Prozent netto) und die der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (+ 12 Prozent brutto) weit hinter sich.

Freilich handelt es sich beim Orientierungsdatum des Jahreswirtschaftsberichts (JWB) und den anderen Vorausschätzungen um Durchschnittsziffern, d. h. die Vielzahl der ertragschwachen Unternehmen werden unterschiedslos dem ertragsstarken Monopol zugerechnet. Der so angepeilte Mittelwert taucht danach als gesamtwirtschaftliche Orientierungsgröße auf. Die effektive Profitsituation in der BRD wird somit verdeckt.

Die auf die Bedürfnisse der Börse zugeschnittenen Gewinnanalysen gehen dagegen punktuell vor.

So wird für die Großchemie ein Gewinnanstieg zwischen 10 und 20 Prozent taxiert. Die Elektroindustrie wird in Raten zwischen 15 und 25 Prozent eingestuft wie auch die Bauzulieferindustrie, während bei Kaufhausunternehmen Profite zwischen 5 und 15 Prozent erwartet werden.

Bei einigen bekannten Großunternehmen wurden Gewinn-tendenzen in nachstehender Größenordnung ermittelt:

#### Gewinnvergleich deutscher AGs

Unternehmen	Gewinntendenz 1972/1971 in Prozent
<b>Chemie:</b>	
BASF	+ 15
Bayer	+ 10
Hoechst	+ 10
Schering	+ 15
<b>Elektrotechnik:</b>	
AEG	+ 20
Braun	+ 30
Brown, Boverie	+ 10
Siemens	+ 10
<b>Automobile:</b>	
BMW	+ 15
Daimler	+ 10
<b>Bau, Baustoffe:</b>	
Hochtief	+ 10
Portland, Heidelberg	+ 15
<b>Kaufhäuser:</b>	
Horten	+ 10
Karstadt	+ 10
Kaufhof	+ 10
Neckermann	+ 15

(Quelle: Handelsblatt, 25. 7. 72).

Da es sich bei dieser Übersicht um Schätzungen handelt, die auf der Profitlage deutscher Großunternehmen zur Jahresmitte basierten, ist anzunehmen, daß die Gewinntendenzen im 2. Hj. 1972 um weitere Pluspunkte zunehmen.

### 2.2 Nettogewinne

Bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Unvermögen umreißen — im Unterschied zu den Abhängigeneinkommen — die Bruttowerte die untere Einkommenszone. Stets liegen die Netto- am Ende der Wirtschaftsperiode über den Bruttoprofiten.

Nach den Vorausschätzungen für eine Reihe deutscher Groß-AGs (s. KZ 2.1) für das laufende Jahr ist — wie im letzten Konjunkturzyklus — mit effektiven Gewinnsteigerungen zu rechnen, die abermals den Abstand zu den Abhängigeneinkommen vergrößern werden.

Annäherungsweise stellte sich die Verteilungssituation in der BRD von 1967 bis 1971 wie folgt dar:

	Gewinnerhöhung real je Selbständigen in Prozent		Einkommenserhöhung real je abhängig Beschäftigten in Prozent	
	zum Vorjahr	zu 1966	zum Vorjahr	zu 1966
1967	1,1	1,1	1,0	1,0
1968	21,0	22,4	2,8	3,8
1969	2,7	25,7	4,7	8,7
1970	8,1	35,9	8,3	17,8
1971	1,2	37,5	5,1	23,7

(Quelle: Welt der Arbeit, Sonderdienst Januar 1972)

Seit 1966 erhöhte sich das Realeinkommen der Selbständigen aufgrund der veröffentlichten Nettoeinkommen um über 37 Prozent, der abhängig Beschäftigten lediglich um 24 Prozent. Bei den Unternehmereinkommen ist indes der nicht-entnommene Gewinn zu berücksichtigen. Er bewegte sich — soweit er statistisch ausgewiesen wurde — von 1968 bis 1971 zwischen 28 Mrd. und 17 Mrd. DM. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute nimmt für das laufende Jahr eine Anhebung der nichtentnommenen Gewinne um + 32,6 Prozent = 23,3 Mrd. DM an.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Im 1. Hj. 1972 näherte sich das Tarif- und Effektivlohn- wie -gehaltsniveau mehr als in den Vorquartalen der für die Arbeiter und Angestellten überaus unbefriedigenden Einkommenslage des Jahres 1969 an.

Ihre Effektivverdienste stiegen damals gegenüber 1968 im Durchschnitt auf + 9,2 Prozent, die tariflichen Entgelte auf + 6,4 Prozent.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Lohn drift auf Monatsbasis
	Verändg. geg. d. Vorj. i. Prozent		
1971, 1. Vj.	+ 14,8	+ 14,6	— 0,2
2. Vj.	+ 14,8	+ 12,1	— 2,7
3. Vj.	+ 14,4	+ 11,8	— 2,6
4. Vj.	+ 9,1	+ 10,0	+ 0,9
1972, 1. Vj.	+ 8,9	+ 9,3	+ 0,4

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/72, S. 69\*).

Im Vergleich zum letzten Quartal 1971 sank die Lohn drift im 1. Vj. 1972 um 0,5 Prozent auf + 0,4 Prozent zum Vorjahresquartal. Die Tarifverdienste hatten einen Zugang von nurmehr + 8,9, die Effektivverdienste einen von + 9,3 Prozent zu verzeichnen. Dieser drastische Lohn- und Gehaltsabbau findet sein Gegenbild in der neuerlichen Gewinnexpansion auf Unternehmenseite (s. KZ 2.1, 2.2).

An Hand dieser Diskrepanz kann einmal mehr die Funktion der „konzentrierten Aktion“ mit ihren als Eckdaten getarnten Lohnleitlinien ersehen werden. Die Gewerkschaften unterliegen den von der Regierung gedeckten Unternehmerargumenten und passen sich im großen und ganzen der staatsmonopolistischen Verteilungskonzeption an; die Monopole dagegen werden von der drohenden Verteilungsauseinandersetzung abgeschirmt, so daß sie — wie 1969 — die Profitraten nachhaltig in die Höhe treiben können.

Im 1. Hj. 1972 entsprachen die durchschnittlichen Tariflohn- und -gehaltsanhebungen für ca. 5,2 Mio. Beschäftigte im Vorjahresvergleich mit + 6,6 Prozent exakt der Leitlinie der Bundesregierung. Für knapp ein Viertel aller Abhängigen hat es damit für 1972 keine Reallohnsteigerung gegeben: Progressiv wirkende Lohnsteuer und höhere Sozialversicherungsbeiträge zusammen von ca. 1 Prozent und eine fast 6prozentig verteuerte Lebenshaltung ließen die effektive Kaufkraft sogar unter null Prozent absinken.

Zu Recht, wenngleich noch zu vorsichtig im Hinblick auf weitere Preis- und Profitwellen, wird seit dem Frühjahr auf die tarifpolitischen Gremien der Gewerkschaften — insbesondere der IG Metall — seitens der Belegschaften in den Betrieben Druck ausgeübt, eine mindestens 12prozentige Tarifloohnerhöhung durchzusetzen. Die Gewerkschaften würden mit der Durchsetzung dieser Forderung — sie liefe ohnehin nur auf einen Reallohnanstieg von + 4 Prozent hinaus — zugleich einen wichtigen wirtschaftspolitischen Beitrag zur Verstärkung der Produktions- und Absatzlage leisten.

Bei ansteigender Produktivität vor allem in der Verbrauchsgüterindustrie von + 8,6 Prozent im 1. Vj. 1972 gegenüber dem 1. Vj. 1971 und noch hoher Kapazitätsauslastung (s. d. KZ 1.4) brühe eine rückläufige Konsumentennachfrage dazu bei, daß der leichte Aufschwung zur Jahresmitte eine Scheinkonjunktur bleibe.

Andererseits würde ein Ausweichen in einen massiveren Export die Inflation schneller vorantreiben. Die binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte würden sich unter diesem Vorzeichen in den kommenden Monaten verstärken. Träte dieser Fall ein, so wäre eine 12prozentige Heraufsetzung der Abhängigenentgelte keine wirksame Kompensation mehr für die enorme Teuerung oder gar für eine „Stagflation“ (s. d. KZ 1.1).

Es liegt mehr denn je in der Hand der Gewerkschaften, durch eine sofortige Aktivierung ihrer Lohnpolitik drohende negative Folgen einer ungezügelter Expansion von Preisen und Profiten wenigstens teilweise zu mildern.

4 Prozent realer Kaufkraftzuwachs bei Löhnen und Gehältern würde die gesamte Profitmasse gegenwärtig lediglich um rund 10 Mrd. DM verringern, legt man die Nettoabhängigen-einkommen von 1971 zu Grunde. Sicher ist, daß die nicht-entnommenen Gewinne 1972 um mehr als das Doppelte dieser Summe steigen werden.

**Tariflohn- und -gehaltserhöhung für 5,2 Mio. Beschäftigte im 1. Vj. 1972 gegenüber dem Vorjahresquartal + 6,6 Prozent.** Sie entsprach damit der Lohnleitlinie der Bundesregierung. Allein die Gewerkschaften respektierten die Eckwerte; denn progressiv wirkende Lohnsteuer, höhere Sozialversicherungsbeiträge und eine fast 6prozentige Preissteigerung waren im JWB nicht vorgesehen. Folge: Kaufkraftverlust der Betroffenen. Ausweg: Mindestens 12prozentige Tariflohnanhebung, um eine Reallohnsenkung unter das Vorjahresniveau zu vermeiden unter der Voraussetzung, daß die importierte Inflation gestoppt wird.

### 3.2 Steuern und Abgaben

Im 1. Hj. 1972 stieg das Steueraufkommen von Bund und Ländern um + 9,4 auf 82,4 Mrd. DM = 12,8 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Interne Schätzungen rechnen für das laufende Jahr insgesamt mit einem Steuermehraufkommen in Höhe von 2,5 Mrd. DM.

Die Steuereinnahmen im 1. Hj. 1972 teilten sich u. a. in folgender Weise auf:

Einnahmen 1. Hj. 1971 aus Massensteuern	Veränderg.	
	in Mrd. DM	geg. Vorj. in %
Lohnsteuer	22,1	+ 17,2
Steuern vom Umsatz	16,7	+ 10,7
Mineralölsteuer	6,2	+ 13,1
Tabaksteuer	3,2	+ 8,8
Branntweinmonopol	1,7	+ 40,1

### Einnahmen 1. Hj. 1972 aus Gewinn und Vermögensteuern

	Veränderg.	
	in Mrd. DM	geg. Vorj. in %
Veranlagte Einkommensteuer	10,6	+ 20,5
Körperschaftsteuer	3,6	+ 7,6
Vermögensteuer	1,5	— 5,2

(Quelle: BMWF Dokumentation, 21. 7. 72).

Immer noch steht die Lohnsteuer mit annähernd 27 Prozent der gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern weit an der Spitze. Veranlagte Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer erbrachten zusammen nur 15,7 Mrd. DM = 19 Prozent der Gesamteinnahmen; die Steuern vom Umsatz übertrafen die spezifischen Gewinn- und Vermögensteuern mit 16,7 Mrd. DM = 20 Prozent des Aufkommens noch um 1 Mrd. DM.

Die indirekte steuerliche Belastung des Massenverbrauchs wurde noch intensiviert durch das prozentual überdurchschnittliche Ansteigen der Mineralölsteuer und der Abgaben aus dem Branntweinmonopol.

Nach einschlägigen Berechnungen wird sich im 2. Hj. 1972 das indirekte Steueraufkommen aus dem Massenverbrauch überproportional erhöhen, zumal die Anhebung der Tabaksteuer erst im August/September wirksam wird.

Gerade das Anwachsen dieser unsichtbaren Belastung, denen die Konsumenten nicht ausweichen können, greift die Substanz der Realeinkommen ständig stärker an. Ihr sozialpolitischer Aussagewert wird dadurch von Jahr zu Jahr zweifelhafter.

Zur drückenden Steuerlast treten die steigenden Sozialversicherungsabgaben: von 1950 bis 1971 wurde der sogenannte Arbeitnehmeranteil bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst eines männlichen Facharbeiters (verb., 1 Kind) von 10 Prozent des Bruttoeinkommens auf 13,1 Prozent angehoben.

Unterstellt wird dabei, daß der Unternehmer aus seinem Gewinn den gleichen Prozentsatz an die Sozialversicherung entrichtet. Da er jedoch diese Abgabe — wie die Steuern auch — im Preis weitergibt, ist es erforderlich, den sogenannten Arbeitgeberanteil als Belastung der Abhängigen zu betrachten. Korrekt wäre es, wenn der Bruttoverdienst um diesen Prozentsatz erhöht werden würde.

Nach dem üblichen Berechnungsverfahren ergab sich bis 1971 folgende Steigerung der Gesamtabzüge vom durchschnittlichen Bruttoverdienst (männlicher Facharbeiter in der Industrie):

	Bruttoverdienst		Lohnsteuer		Sozialversicherungsabzüge		Abzüge insg. einschl. Kirchensteuer		Nettoverdienst
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
1950	72,85	2,95	3,6	7,32	10,0	10,14	13,9	62,71	
1960	141,23	7,15	5,0	17,22	12,2	25,01	17,7	116,22	
1970	311,00	35,92	11,5	39,97	12,9	79,12	25,4	231,88	
1971	343,00	42,07	12,3	45,01	13,1	90,87	26,5	252,13	

(Quelle: Sozialbericht 1972, S. 161).

**Anstieg des Steueraufkommens von Bund und Ländern (1. Hj. 1972 / 1. Hj. 1971) + 12,8 Prozent auf 82,4 Mrd. DM. Anteil der Lohnsteuer ca. 27 Prozent, veranlagte Einkommensteuer ca. 19 Prozent.**

men- und Vermögensteuer 19 Prozent, Steuern und Umsatz 20 Prozent, jeweils vom Gesamtaufkommen. Anstieg der Sozialversicherungsabgaben, bezogen auf das durchschnittlich Bruttoverdienst eines Facharbeiters in der Industrie, von 1950 bis 1971 um + 6,2 Prozent des Bruttoverdienstes; der Abgaben insgesamt (Lohn-, Kirchensteuer, Sozialversicherungsbeiträge) um fast + 20 Prozent des Verdienstes, da der sogenannte Arbeitgeberanteil im Preis kalkuliert wird, die Abhängigen somit indirekt belastet.

### 3.3 Nettolöhne und -gehälter

Wie intensiv der Lohndruck schon im vergangenen Jahr ausgeübt wurde, veranschaulicht der um - 4,3 Prozent geringere Anstieg der Nettolöhne und -gehälter.

	Nettolohn- und -gehaltssumme	
	in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. I. Prozent
1970	237,11	14,8
1971	262,02	10,5
1972, 1. Hj.		9,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/72, S. 79; Ifo Schnelldienst, 32/72, S. 10).

1972 verstärkt sich die Abschwungtendenz der Nettoabhängigeneinkommen; denn im 2. Hj. wird es nach den Voraussetzungen keine über das Vorjahr hinausgehende Zuwachsrates geben.

Noch unter dem vergleichbaren Anstieg der globalen Netto-lohn- und -gehaltssumme gegenüber dem Vorjahr lag 1971 das im Monatsdurchschnitt erzielte Pro-Kopf-Nettoeinkommen je abhängig Beschäftigten:

#### Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	monatlich in DM	
		Zunahme geg. d. Vorj. I. Prozent
1970	881	12,1
1971	968	9,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1972, S. 81)

Dieser Abfall ist um so besorgniserregender, als im 2. Hj. des vergangenen Jahres die Zahl der abhängig Arbeitenden um - 0,3 Prozent gegenüber dem 2. Hj. 1970 zurückging. 1972 dürfte sich dieser negative Trend fortsetzen.

### 3.4 Preise

Die Auswirkungen der Inflation (s. KZ 1.1) machen sich für die Masse der abhängig Beschäftigten im Preisauftrieb für Nahrungsmittel, sonstige Güter des täglichen Bedarfs sowie Dienstleistungen am nachdrücklichsten bemerkbar.

Im Gegensatz zum Staat und zu den Unternehmern haben sie keine Möglichkeit, den steigenden Preisen auszuweichen.

Was als Nachfragesog bezeichnet wird, den man zur psychologisch motivierten Erklärung der Inflation immer wieder zitiert, ist nichts anderes als das normale Konsumentenverhalten, auf den gegebenen Lebensstandard nicht zu verzichten. Die Arbeiter und Angestellten fordern durch ihre Gewerkschaften höhere Löhne und Gehälter, weil die Preispolitik von Unternehmern und Staat sie dazu drängt, nicht umgekehrt.

Der Sachverständigenrat lieferte in seinem Jahresgutachten 1970 dafür den Beweis, als er darauf hinwies, daß „die Preise trotz stark rückläufiger Lohnstückkosten nach oben tendierten“, daher „kam es zu einer ‚Gewinnexplosion‘, auf die ... eine starke Lohnwelle folgen mußte“. (Ziffer 189)

Die Unternehmenskonzentration (vgl. KZ 4.2) bildet zum anderen eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß die Preise nicht mehr reagibel nach unten sein können.

Im Zuge der Monopolisierung in allen Zweigen des Wirtschaftslebens werden die Preise für den Endverbrauch entweder direkt von der Unternehmensspitze fixiert (Preisbindung) oder indirekt „empfohlen“ (Preisempfehlung). Letzteres Verfahren besagt, daß die Preise zwar herauf-, aber in der Praxis nicht herabgesetzt werden.

#### Preisbindungen und -empfehlungen

1958	168 808	
1965	172 911	69 790
1970	171 766	297 395
1971	164 953	330 612

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1971, S. 48).

Durch die EWG-Marktordnungen kommen noch die Preisbindungen für Ernährungsgüter hinzu, die die Lebensmittelpreise progressiv in die Höhe treiben.

Insofern sorgt der Staat für die Aufrechterhaltung eines Lebensmittelkartells.

Das Preisniveau für Nahrungs- und Genußmittel stieg demnach bis Juli 1972 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat für

- Fleisch + 11,8 Prozent,
- Kartoffeln + 37,5 Prozent,
- Brot + 7,5 Prozent,
- Molkereiprodukte (Milch, Eier, Käse) + 6,2 Prozent.

Insgesamt stiegen die Preise für Nahrungsmittel im angegebenen Zeitraum um + 6,6 Prozent. (Quelle: BMELF-Informationen, 33/72, S. 2)

Damit übertrafen sie die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, die im Juni 1972 + 5,4 Prozent betrug.

Eine derartige Teuerungswelle hat es in der BRD bislang nicht gegeben.

Bundesregierung, Sachverständigenrat und die maßgebenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hatten diese Entwicklung noch vor Monaten in ihrer Gefährlichkeit verarmlosen wollen. So ging die Bundesregierung von einer maximalen Steigerungsrate der Verbraucherpreise von + 4,5 Prozent für 1972 aus. Offenbar sollten mit derart niedrig projektierten Eckdaten die Gewerkschaften beeinflusst werden, sich an die Lohnleitlinien zu halten.

#### Preisentwicklung bis Juni 1972

(1962 = 100; alle Haushalte)

	Lebenshaltungskosten insg.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrzeuge, Fahrr.	Fremde Verkehrsleistg.
1970	124,0	163,4	127,4	107,3	125,9
1971	130,4	173,1	135,5	113,6	133,8
1971, April	129,5	171,5	134,0	112,9	132,6
Mai	129,9	172,0	133,3	112,9	133,0
Juni	130,4	172,9	133,5	113,2	133,5
1972, April	136,1	181,3	141,1	119,0	141,9
Mai	136,5	181,9	140,9	119,1	142,0
Juni	137,4	182,3	141,0	119,1	142,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 7/72, S. 424\*, 426\*).

Zwischen Juni 1971 und Juni 1972 stieg der Preisindex

- der Lebenshaltung insgesamt um + 5,4 Prozent,
- der Wohnungsmieten um + 5,4 Prozent,
- von Elektrizität, Gas, Brennstoffen um + 5,6 Prozent,
- Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um + 5,2 Prozent,
- für fremde Verkehrsleistungen um + 6,6 Prozent.

Die Aussichten für eine länger anhaltende Preisberuhigung sind weiterhin negativ.

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte erhöhten sich mit + 14,1 Prozent (Juni 1972/Juni 1971) so wie nie zuvor, der Baupreisindex für Wohngebäude erreichte im Mai d.J. (gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat) mit

+ 6,6 Prozent ebenfalls noch eine beachtliche Größenordnung, und allgemein wird in der Verbrauchsgüterindustrie für die kommenden Monate mit steigenden Verkaufspreisen gerechnet (ifo-Schnelldienst, 30/72, S. 5).

**Preisbindungen 1971: 164 953; Preisempfehlungen 1971: 330 612. Anstieg der Lebensmittelpreise Juli 1972/Juli 1971 + 6,6 Prozent; der Preise für die Lebenshaltung (alle Haushalte) Juni 1972/Juni 1971 + 5,4 Prozent. Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte Juni 1972/Juni 1971 + 14,1 Prozent, Baupreisindex Mai 1972/Mai 1971 + 6,6 Prozent. Unternehmer rechnen mit weiterhin höheren Preisen für Verbrauchsgüter.**

### 3.5 Realeinkommensentwicklung

Die bis zur Jahresmitte gemeldeten Tarifabschlüsse lassen die Annahme eines Rückgangs des Realeinkommenszuwachses für 1972 unter die im JWB angegebene 3,7-Prozent-Grenze immer wahrscheinlicher werden (s. d. KZ 3.1). Dieses Orientierungsdatum ging von weitaus geringeren Preissteigerungen aus, als sie inzwischen eingetreten sind.

Schon seit 1965 übertrifft der Kaufkraftschwund durch Inflation die Verminderung des durchschnittlichen Abhängigeneinkommens durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Diese Spanne hat sich inzwischen beträchtlich erweitert.

Seit 1950 zeigte sich folgende Entwicklung (in DM):

	1950	1955	1960	1965	1971
Durchschnittseinkommen je abh. Beschäftigten	243	367	513	775	1274
Kaufkraftverminderung durch Inflation		29	74	178	390
durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge	30	52	81	132	290
Verbleibende Kaufkraft in Preisen von 1950	213	286	358	465	594

(Quelle: Die Zeit, 26. 5. 72).

Mit anderen Worten: noch nicht einmal 50 Prozent des Pro-Kopf-Bruttoeinkommens verbleiben heute in Preisen von 1950 als effektive Kaufkraft in den Händen ihrer Bezieher. Zwischen 1965 und 1971 entstand — auf gleicher Preisbasis — ein Kaufkraftverlust von — 14,5 Prozent.

Gerade unter dieser Voraussetzung dürfte die optimistische Vorausschau der Bundesregierung, zwischen 1972 und 1976 sei eine Realeinkommenszuwachsrate von jahresdurchschnittlich + 3 bis + 4 Prozent zu erwarten, bei gleichbleibender Wirtschaftspolitik schwer zu verwirklichen sein.

Schon im laufenden Jahr hat die Inflation ein Ausmaß erreicht, das nur durch größere Arbeitslosigkeit statistisch verringert werden könnte: in diesem Fall würde die nur wenig vergrößerte Lohnsumme auf eine kleinere Beschäftigtenzahl verteilt werden, deren Nettolohnquote dann rein rechnerisch zunähme.

### 3.6 Arbeitszeit

Die stagnierende Wirtschaftslage drückte sich auch in der Entwicklung der bezahlten Wochenstunden der Industriebeschäftigten seit dem vergangenen Jahr aus.

Von April 1971 bis April 1972 sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie insgesamt um 0,1 von 43,1 auf 43,0 Stunden, während im Jahresdurchschnitt 1971 noch 43,2 Stunden registriert wurden.

Gegliedert nach männlichen und weiblichen Beschäftigten, ergab sich im Januar d.J. gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, daß der Rückgang der Arbeitszeit für Industriearbeiter 0,6, für Arbeiterinnen 0,3 Wochenstunden betrug.

Die Einschränkung von Oktober 1971 bis Januar 1972 umfaßte 0,5 Stunden für männliche und 0,4 für weibliche Arbeitskräfte. (Vgl. INFO 2/72, S. 10)

### Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriearbeiter

	männlich	weiblich	Insgesamt
1970	44,8	40,7	44,0
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Januar	43,7	40,2	42,9
April	43,9	40,3	43,1
1972, Januar	42,6	39,9	42,0
April			43,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/72, S. 320, 385\*; 7/72, S. 374).

Der Anstieg der bezahlten durchschnittlichen Wochenstunden in der Industrie insgesamt von Januar bis April d.J. um eine Stunde spiegelt zwar eine Produktionsbelebung in den Frühjahrsmonaten wider; es muß jedoch abgewartet werden, ob er sich im Sommerzeitraum mit ähnlicher Schnelligkeit fortsetzte, zumal die Arbeitszeit 1971 im Jahresmittel und im April um 0,2 bzw. 0,1 Stunden höher war.

### 3.7 Altersrenten

Die Entwicklung der Altersrenten in der BRD über einen längeren Zeitraum hinweg weist auf drei wichtige Punkte hin:

1. Sowohl nach 40 als auch nach 49 Versicherungsjahren wird sich bis 1975 das Rentenniveau, gemessen am Nettoarbeitsentgelt, nicht wesentlich gegenüber 1957 geändert haben. Es betrug 1957 nach 40 Jahren 59,3 Prozent, nach 49 Jahren 72,6 Prozent; 1972 nach 40 Jahren 55,5 Prozent, nach 49 Jahren 68,3 Prozent; 1975 nach 40 Jahren 61,1, nach 49 Jahren 74,8 Prozent.

2. Jeder Abbau der Abhängigeneinkommen schlägt sich nieder in einer späteren Verringerung des Rentenniveaus. So reduzierte die Krise 1966/67 mit ihrem bis zum Herbst 1969 wirkenden effektiven Lohnstopp das Rentenniveau seit 1970 nicht unbeträchtlich.

3. Angesichts der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse sind 49 Versicherungsjahre keineswegs der Normalfall. Zwischen einer 40- und 49jährigen Versicherungsdauer besteht aber ein ins Gewicht fallender Unterschied im Rentenniveau. Für einen beachtlichen Teil von Arbeitern und Angestellten dürften 40 Versicherungsjahre die Obergrenze bilden, so daß derzeit ihre durchschnittliche Rente, gemessen am Nettoeinkommen aller abhängig Beschäftigten, knapp über 50 Prozent liegt.

Diese Tatbestände ergeben sich aus folgender Übersicht:

#### Entwicklung des Rentenniveaus

	Monatl. Nettoarbeitsentgelt in DM	Altersruhegeld nach 40 Versicherungsj. in DM	monatl. nach 49	Rente 1. nach 40	% des Nettoarbeitsentgelts nach 49
1957	361,0	214,1	262,3	59,3	72,6
1960	428,1	240,6	294,8	56,2	68,9
1963	536,5	283,9	347,8	52,9	64,8
1966	675,2	363,8	445,6	53,9	66,0
1969	780,4	450,6	552,0	57,7	70,7
1972	1 016,6	566,7	694,2	55,7	68,3
1975	1 209,6	738,8	905,0	61,1	74,8

(Quelle: Sozialbericht 1972, S. 10).

Die Rentenhöhe muß indes in Beziehung zum Beitragssatz gesehen werden. Er stieg von 1950 bis 1971 von 10 auf 17 Prozent Abzüge vom Bruttoeinkommen.

Unterstellt man nun einen viel langsameren Anstieg der Sozialversicherungsabgaben im Laufe der künftigen Dekaden als im zurückliegenden Zeitraum von 10 bis 20 Jahren, dann würde selbst eine merklich höhere durchschnittliche Altersrente (etwa von 1000 DM) den angesammelten Kapitalstock (Beiträge plus Zinsen und Zinseszinsen) nur bei einer gene-

rell bedeutend angestiegenen Lebenserwartung des Rentenempfängers kompensieren.

Tatsächlich ist die Lebenserwartung von Männern im Vergleich zu der der Frauen niedriger (s. d. Sozialbericht 1972, S. 75). Da der überwiegende Teil der Rentenbezugsberechtigten männliche ehemalige Arbeiter oder Angestellte sein werden (1970: 66,6 Prozent der abhängigen Erwerbsbevölkerung Männer, 33,4 Prozent Frauen), könnte selbst bei gleichbleibenden Trend der männlichen Lebenserwartung eine Kompensation des individuellen kapitalisierten Beitragsaufkommens zur Sozialversicherung im allgemeinen die Ausnahme sein.

Außerdem erhält die Witwe eines Rentenbeziehers nur 60 Prozent der Erwerbsunfähigkeits- als Witwenrente.

Aus der Schere zwischen dem Kapitalfundus aus Beiträgen und den ausgezahlten Renten resultiert das wachsende Vermögen der Sozialversicherungsträger. Dies machte sich besonders in den letzten zwei Jahren bemerkbar, wobei — gemäß der Strukturveränderung innerhalb der Arbeiterklasse — die Rentenversicherung der Angestellten einen höheren Vermögensbestand akkumulierte als die der Arbeiter.

#### Bar- und Anlagevermögen der Rentenversicherungen (in Mrd. DM)

	der Arbeiter		der Angestellten	
	Bestand	Veränd. geg. d. Vorj.	Bestand	Veränd. geg. d. Vorj.
1956	6,5	+ 1,3	3,1	+ 0,5
1960	9,5	+ 0,9	4,7	+ 0,6
1964	15,8	+ 1,7	8,4	+ 0,3
1968	10,6	— 2,2	12,5	+ 0,5
1971	11,6	+ 1,5	20,0	+ 4,1

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 5/72, S. 144).

Im Interesse der Abhängigen liegen demgegenüber Rentenansparungen, die ihnen eine relative Beibehaltung ihres während des Arbeitslebens geschaffenen Lebensstandards garantieren, nicht aber eine Rentenbemessung, welche die Sozialversicherungsträger zu Kapitalsammelstellen wie die Privatbanken- und -versicherungen auswachsen läßt.

Hierfür ist ein forciertes Mitteleinsatz auch des Staates erforderlich, sollen die Sozialversicherungsabzüge nicht die Arbeitsentgelte noch stärker reduzieren und somit die Realeinkommen tendenziell schmälern.

Feststellen muß man jedoch eine umgekehrte Entwicklung: sinkender Anteil des Staates an der Rentenversicherung der Abhängigen bei steigendem der privaten Haushalte.

#### Finanzierung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (Anteile in Prozent)

	Arbeiter		Angestellte	
	1965	1972	1965	1972
Beiträge der Versicherten	35,3	37,4	35,6	40,7
Öffentliche Mittel	24,6	20,2	11,2	7,3

(Quelle: Sozialbericht 1972, S. 224, 228).

Die oben angegebenen prozentualen Werte des Rentenniveaus nach 40 und 49 Versicherungsjahren beziehen sich auf Renten, die aus dem Durchschnittsarbeitsentgelt errechnet wurden. Die wirklich gezahlte Durchschnittsrente liegt insbesondere bei Arbeitern bis zu 50 Prozent darunter, wie die Entwicklung von 1950 bis 1971 aufweist:

#### Durchschnittlicher Monatsbetrag der Versichertenrenten (in DM)

	Arbeiter	Angestellte
1950	60,5	22,9
1955	89,7	137,2
1960	159,7	258,3
1965	215,4	353,5
1970	312,6	520,4
1971	327,5	543,6

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 5/72, S. 174).

Die effektiven Einkommen — vor allem der Arbeiter — sind weit entfernt von der Beitragsbemessungsgrenze von 1900 DM pro Monat. In absehbarer Zeit können die Löhne auch nicht in diese Größenordnung hineinwachsen.

Bis 1975 wird sich das Allersrentenniveau im Durchschnitt sowohl nach 40 als auch nach 49 Versicherungsjahren nicht wesentlich gegenüber 1957 erhöht haben: 1957 nach 40 Jahren 59,3, nach 49 Jahren 72,6 Prozent; 1975 entsprechend 61,1 und 74,8 Prozent des Nettoarbeitsentgelts. 1972: 55,7 bzw. 68,3 Prozent = 567 bzw. 694 DM Rente. Die tatsächlich gezahlten Renten weichen davon ab: 1971: 327,5 DM für Arbeiter, 543,6 DM für Angestellte (im Durchschnitt). Rentenhöhe und Beiträge zur Sozialversicherung stehen im Mißverhältnis zueinander: letztere werden kapitalisiert und würden nur dann durch die Rente kompensiert werden, wenn die Lebenserwartung der überwiegend männlichen Versicherten erheblich höher läge. So aber kommt es zur wachsenden Vermögensbildung der Rentenversicherungsträger: Arbeiterversicherung 1956: 6,5 Mrd., 1971: 11,6 Mrd. DM; Angestelltenversicherung 3,1 Mrd. bzw. 20 Mrd. DM. Der Anteil des Staates an der Rentenfinanzierung sinkt: Arbeiterversicherung 1965: 24,6, 1972: 20,2 Prozent; Angestelltenversicherung 11,1 bzw. 7,3 Prozent.

## 4 Einkommens- und Vermögensverteilung

### 4.1 Einkommensverteilung

Die Nettolohn- und -gehaltsquote (Nettolöhne und -gehälter im Verhältnis zum NSP zu Marktpreisen) ist 1971 gegenüber 1970 praktisch gleichgeblieben. Sie belief sich auf 39,1 Prozent (1970: 39,0 Prozent). 1972 wird sie sich im günstigsten Falle auf denselben Stand halten.

	NSP zu Marktpreisen	Nettolohn- u. -gehaltssumme	%-Anteil der Nettolohn- u. -gehaltssumme am NSP
	In Mrd. DM		
1970	608,0	237,1	39,0
1971	670,6	262,0	39,1
1972*	726,0	287,0	39,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/72, S. 70, 73; Ifo Schnelldienst, 3/72, Geschützt)

### 4.2 Vermögensverteilung

Die Inflation ist zum Instrument der Vermögenskonzentration großen Stils des Sachwertbesitzes, insbesondere des Nettoanlagevermögens in der BRD geworden. Das Statistische Bundesamt bezifferte letzteres auf 2 Billionen DM; einschließlich des Grundbesitzes umfaßt der Sachwert 2,5 Billionen DM.

Eine jährlich nur spitzentwertungsrate steigert den Wert des gesamten Sachwertbesitzes um 125 Mrd. DM, das sind fast die Hälfte der Nettolohn- und -gehaltssumme von 1971! Jede zusätzliche Investition vergrößert den Sachwertbesitz, so daß die Inflation in Wirklichkeit noch überproportional diesen immensen Wert akkumuliert. (Angaben nach dem Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1971, S. 28.)

Es ist von daher einzusehen, daß nicht die abhängig Beschäftigten mit ihren Lohn- und Gehaltsforderungen an der Inflation interessiert, also ursächlich für sie verantwortlich sein können.

Der volkswirtschaftlich ausschlaggebende Teil des Sachvermögens umfaßt industrielles Produktiv- und Finanzkapital. In diesen die Preisgestaltung sowie die Exportausweitung bestimmenden Sektoren setzt sich die Konzentration immer massiver durch. Dabei spielen Summen eine Rolle, gegenüber denen die sogenannten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand notwendigerweise eine andere Funktion als die vorgegebene erfüllen muß.

Die folgenden Aufstellungen dürften instruktiv genug sein, um die Konzepte individueller Vermögensbildung durch Sparakte als zwangsweise Kapitalsammlung zugunsten unternehmerischer Kreditnachfrage zu entschleiern (s. d. INFO 2/72, KZ 4.2):

#### Unternehmenszusammenschlüsse

	1968	1969	1970	1971
Gesamtzahl	65	168	305	220
davon:				
„Große“ Zusammenschlüsse	16	54	83	49
+ Kreditinstitute		5	7	17
+ Versicherungen		2	5	3
Bilanzsummen der bei „großen“ Zusammenschl. erworbenen Unternehmern (in Mrd. DM)	1,2	7,1	5,4	2,9
+ Kreditinstitute		11,0	13,2	18,3
+ Versicherungen		1,5	0,9	0,5

(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1971, S. 5).

Wie demgegenüber die sogenannte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nach dem „3. Vermögensbildungsgesetz“ (624-Mark-Gesetz) verläuft, geht aus nachstehender Übersicht hervor:

	Begünstigte in Mio. Gesamt	Mit Arbeitgeberleistung	Vermögenswirksam angelegter Betrag in Mrd. DM
1961	0,05	—	0,015
1965	2,2	—	0,62
1969	5,7	1,0	1,6
1970	12,1	7,6	3,9
1971	14,5	10,0	6,3

(Quelle: Sozialbericht 1972, S. 46).

Pro Begünstigten (Höchsteinkommen 24 000 DM brutto jährlich) entfielen 1971 danach noch keine 4500 DM.

### 4.3 Staatliche Umverteilung

Im mittelfristigen Finanzplan 1971 bis 1975 wurde von der Bundesregierung noch eine Zuwachsrate der öffentlichen Investitionen von 10,3 Prozent, im Plan 1972 bis 1975 dagegen nur noch eine von 6,7 Prozent eingesetzt (durchschnittliche Ausgabensteigerungsrate: 7,5 Prozent).

Für die nächsten Jahre ist keine fühlbare Erhöhung des Investitionsanteils an den öffentlichen Ausgaben vorgesehen. Angesichts der Finanzkrise wird sogar davon gesprochen, die Reformfinanzierung drastisch zu senken trotz voraussichtlicher Steuererhöhungen, die im Laufe des nächsten Jahres aller Voraussicht nach bei der Mehrwert- und Einkommensteuer vorgenommen werden.

Auf jeden Fall dürfte der Rüstungsetat weiter steigen, ein ausschlaggebender Grund für die anschwellende Kreditfinanzierung mit Umverteilungseffekten zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Eine Gegenüberstellung von Rüstungs- und Bildungsfinanzierung bis 1975 nach den überholten und bis August geltenden neuen Ansätzen gibt einen instruktiven Aufschluß der staatsmonopolistischen Haushaltspraxis:

#### Ausgabenansätze in Mrd. DM

	Rüstungsausgaben		Bildungsausgaben	
	alter Finanzplan	neuer Finanzplan	alter Finanzplan	neuer Finanzplan
1970	19,72	—	3,22	—
1971	22,54	22,41	4,64	4,59
1972	23,38	25,30	6,61	6,05
1973	23,77	26,27	8,35	7,16
1974	24,63	27,23	10,20	8,27
1975	—	28,16	—	9,45

(Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen VI/1101, VI/2651)

Die Rüstung als politisch festgelegter Ausgabenblock macht es im Grunde genommen notwendig, entweder die Ausgabenwünsche der übrigen Ressorts rigoros zusammenzuziehen oder das Kreditvolumen des Bundes auszudehnen mit teilweise inflatorischen Folgen.

Von 1973 bis 1975 sind Defizite in folgender Größenordnung eingeplant, natürlich unter der Voraussetzung, daß das — konjunkturellen Schwankungen stark ausgesetzte — Steueraufkommen im geschätzten Rahmen bleibt und nicht absinkt:

	1973	1974	1975	1976
	(in Mrd. DM)			
Finanzplan aufgrund „rechtlicher“ Verpflichtungen und vom Kabinett bereits gebilligter Vorhaben	118,6	128,2	136,8	144,1
Steuer- und Verwaltungseinnahmeschätzung	110,7	119,7	127,4	138,4
Finanzlücke	7,9	8,5	9,4	5,7
Voraussichtliche Ressortanforderungen	128,0	138,0	147,0	156,0

(Quelle: Wirtschaftswoche, 32/72, S. 12).

Von 1967 bis 1971 ist die Bundesschuld von 43 auf 49 Mrd. D-Mark angewachsen; 1972 werden rd. 6 Mrd. DM hinzukommen; für den Zeitraum der nächsten mittelfristigen Finanzplanung ist nach den Voranschlägen mit einer weitergehenden Schuldenaufnahme zu rechnen, der sich dann auch Länder und Gemeinden anschließen müssen, um wenigstens einen Mindestumfang an Infrastrukturinvestitionen finanzieren zu können. Vom Bund wird weniger aktive Finanzunterstützung zu erwarten sein als in den vergangenen Jahren.

## 5 Zusammenfassung

Die Zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttosozialprodukt in				
	a) jeweiligen Preisen (INFO 1/72)	1971/1970	%	+ 10,8	1.1
	b) Preisen von 1962 (INFO 1/72)	1971/1970	%	+ 2,7	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) Index (1962 = 100)	Juni 1972		169	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Juni 1972	%	+ 4,6	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt	Mai 1972/Mai 1971	%	+ 7,6	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie	Mai 1972/Mai 1971	%	+ 8,4	1.2
5	Auftragseingang der Industrie gegenüber dem				
	a) Vorjahr	Juni 1972	%	+ 5,8	1.2
	b) Vormonat	Juni 1972	%	+ 1,8	1.2
6	Exportüberschuß				
	a) absolut	Januar—Juni 1972	Mrd. DM	8,4	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	Januar—Juni 1972	Mrd. DM	+ 1,5	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen (Schätzung)	1972/1971	%	+ 3,0	1.1
8	Beschäftigte in der Industrie				
	a) absolut	Mai 1972	Mio	8,3	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	Mai 1972	%	— 2,4	1.5
9	Arbeitslose	Juli 1972	Tsd.	197	1.5
10	Industrieumsatz je Beschäftigten				
	a) absolut	Mai 1972	DM	5900	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	Mai 1972	%	+ 11,1	1.6
11	Veränderung der Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten				
	a) insgesamt (INFO 1/72)	1971/1970	%	+ 13,1	3.1
	b) je Beschäftigten (INFO 1/72)	1971/1970	%	+ 12,0	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen und -gehältern (Lohn drift)	1. Vj. 1972	%	+ 0,4	3.1
13	Lohnsteuer	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 17,2	3.2
14	Veranlagte Einkommensteuer	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 20,5	3.2
15	Körperschaftsteuer	1. Hj. 1972/1. Hj. 1972	%	+ 7,6	3.2
16	Steuern vom Umsatz	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 10,7	3.2
17	Nettolohn- und -gehaltssumme				
	a) insgesamt	1. Hj. 1972	%	+ 9,5	3.3
	b) je Beschäftigten (INFO 2/72)	1971/1970	%	+ 9,9	3.3
18	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
	a) Indexveränderung (1962 = 100)	Juni 1972/Juni 1971	i. Pkt.	+ 7,0	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	Juni 1972/Juni 1971	%	+ 5,4	3.4
19	Kaufkraftsteigerung der durchschnittlichen Monatsnettolöhne und -gehälter aufgrund des Lebenshaltungskostenindex	1971/1970	%	+ 5,1	3.5
20	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie	April 1972	Stunden	43,0	3.6
21	Durchschnittsrenten der				
	a) Arbeiter	1971	DM	327,5	3.7
	b) Angestellten	1971	DM	543,6	3.7
22	Selbstfinanzierungsquote (INFO 2/72)	1971	%	63,6	4.1
23	Abschreibungen insgesamt	1971	Mrd. DM	85,5	4.1

### Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber

1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird. Tsd. = Tausend; v.H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Netto-sozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.